



## **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Dr. Otto Hünnerkopf, Dr. Florian Herrmann, Volker Bauer, Eric Beißwenger, Michael Brückner, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Dr. Martin Huber, Anton Kreitmair, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Hans Ritt, Tanja Schorer-Dremel, Peter Tomaschko** und **Fraktion (CSU)**

### **Keine Verschlechterung durch das Wertstoffgesetz!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der Abfallentsorgung und besonders hinsichtlich des geplanten Wertstoffgesetzes weiterhin für eine faire Zusammenarbeit zwischen Kommunen und privaten Entsorgern einzusetzen.

Dabei sollen das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen erhalten bleiben und der Mittelstand gestärkt werden. Die bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte, denen die Aufgabe der Abfallentsorgung obliegt, sollen weiter eigenverantwortlich über die Infrastruktur der Wertstoffentsorgung entscheiden.

### **Begründung:**

Der vorliegende Arbeitsentwurf des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit wird in ökologischer und ökonomischer Hinsicht als verbesserungswürdig angesehen. Insbesondere müssen beispielsweise die kommunalen Investitionen in die Wertstoffhöfe, die in Bayern bestehen, geschützt werden. Eine bürgerfreundliche Wertstoffsammlung ist von wesentlicher Bedeutung für die Akzeptanz der Kreislaufwirtschaft. Eine faire Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und den privaten Entsorgern aus dem Mittelstand sollte erreicht werden, um die flächendeckende Erfassung von Wertstoffen sicherzustellen. Neue Impulse zur Abfallvermeidung und zur Weiterentwicklung eines hochwertigen Recyclings sind wünschenswert. Besonderes Gewicht verdienen nachhaltige umweltorientierte Lösungen, die den Umwelt- und Ressourcenschutz voranbringen.